

Investitionen | 05.10.2017 | Lesezeit 3 Min.

Den Weg für Investitionen freimachen

Die Unternehmen in Deutschland stecken zu wenig Geld in neue Produktionsanlagen – ein Grund dafür ist zu viel Regulierung. Der Staat wiederum investiert nicht genug in die Infrastruktur, was auch die privaten Investitionen hemmt. Eine neue IW-Analyse zeigt, wie die Kehrtwende zu schaffen ist.

Die Bundestagswahl ist Geschichte. Zu den wichtigsten Aufgaben der künftigen Bundesregierung wird es gehören, die Grundlagen für das Wirtschaftswachstum von morgen zu legen. Dabei muss sie vor allem die Investitionen in den Blick nehmen.

Zwar lässt sich aus der amtlichen Statistik nicht eindeutig eine akute Investitionsschwäche in Deutschland ableiten. Zwei Befunde sind jedoch problematisch: Erstens stagniert die Kapitalintensität seit zehn Jahren weitgehend. Das reale Bruttoanlagevermögen wächst also in Relation zur Zahl der Erwerbstätigen nicht mehr – eine schlechte Voraussetzung für wirtschaftlichen Fortschritt.

Zweitens ist der sogenannte Modernitätsgrad des Anlagevermögens seit 1991 deutlich gesunken. Dies gilt sowohl für die Maschinen und Produktionsanlagen der Unternehmen als auch für die öffentliche Infrastruktur (Grafik):

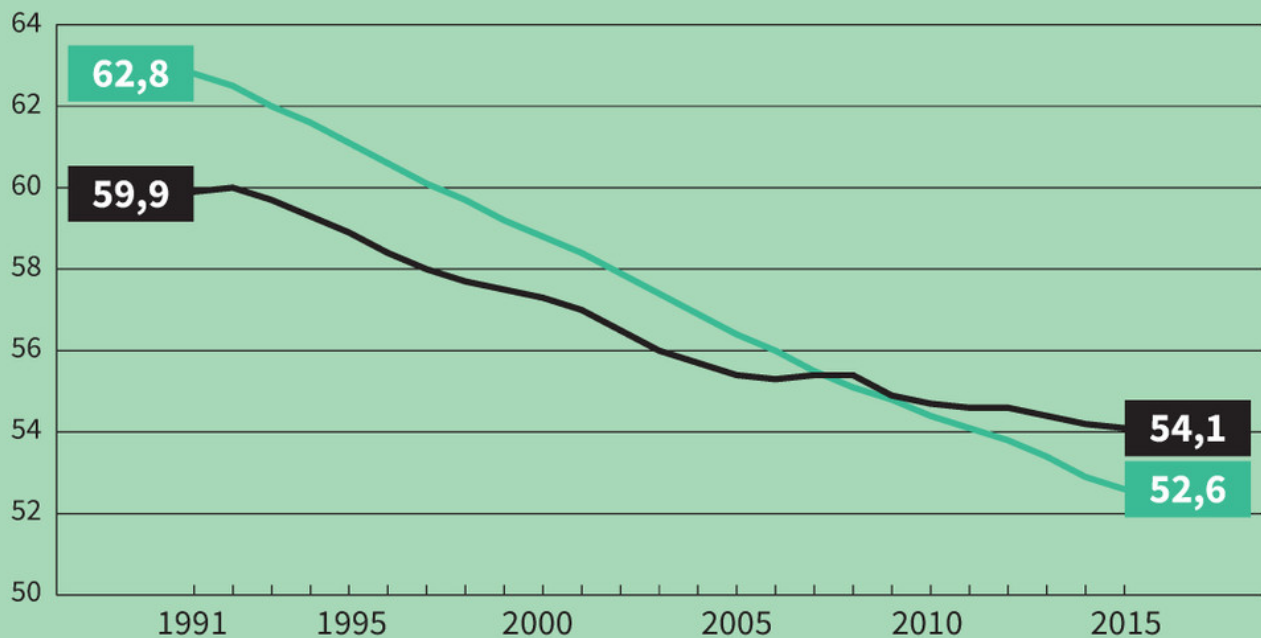
Das Nettoanlagevermögen, das den Substanzverlust der Investitionsgüter in Form von Abschreibungen berücksichtigt, betrug 2015 im Unternehmens- und im staatlichen Bereich jeweils nur noch gut 50 Prozent des Bruttoanlagevermögens.

Anlagevermögen verliert an Substanz

Nettoanlagevermögen in Prozent des Bruttoanlagevermögens


Das Verhältnis des Nettoanlagevermögens zum Bruttoanlagevermögen wird auch als Modernitätsgrad bezeichnet. Geht er zurück, bedeutet dies, dass die Abschreibungen und damit der geschätzte Substanzverlust beim Anlagevermögen höher ausfallen als die tatsächlichen Abgänge. Das Produktionskapital wird also länger genutzt, als es wirtschaftlich sinnvoll wäre.

■ Unternehmen
■ Staat



Bruttoanlagevermögen: ergibt sich aus den akkumulierten Bruttoanlageinvestitionen und umfasst alle Anlagegüter, die bis zum jeweiligen Zeitpunkt nicht aus dem Bestand ausgeschieden sind und damit für die Produktion zur Verfügung stehen;
Nettoanlagevermögen: Bruttoanlagevermögen abzüglich der seit dem jeweiligen Investitionszeitpunkt für eine Anlage aufgelaufenen Abschreibungen;
Unternehmen: nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, also ohne Finanzsektor, private Haushalte, Verbände, Kirchen, Einzelunternehmen und freie Berufe

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Viele Anlagen werden demnach länger genutzt, als es wirtschaftlich sinnvoll wäre. Investitionen in neue Projekte kommen dagegen zu kurz. In beiden Investitionsbereichen besteht also Handlungsbedarf.

Private Investitionen ankurbeln

Der Blick auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche ergibt kein klares Bild: Während die realen Bruttoinvestitionen in der Industrie seit Anfang der 1990er Jahre unterm Strich kaum zugelegt haben, verzeichneten die Dienstleister ein Plus von gut 40 Prozent. Der Modernitätsgrad des Anlagevermögens ist im Servicesektor jedoch am stärksten gesunken.

Insgesamt lässt die private Investitionstätigkeit in Deutschland jedenfalls zu wünschen übrig. Im Rahmen seiner jüngsten Konjunkturumfrage wollte das IW Köln daher von den Unternehmen wissen, was sie bremst (Grafik):

Gut die Hälfte der befragten Unternehmen sieht die staatliche Bürokratie und Regulierungen als starkes Investitionshemmnis, fast ebenso oft werden der Fachkräftemangel und hohe Arbeitskosten genannt.

Was die Investitionen bremst

Antworten auf die Frage „Was sind aus Sicht Ihres Unternehmens derzeit Investitionshemmnisse in Deutschland?“
in Prozent aller befragten Unternehmen

■ Starkes Hemmnis ■ Kein Hemmnis

Hohe Bürokratie und Regulierungen	50,8	11,5
Fachkräftemangel	45,8	16,5
Hohe Arbeitskosten	44,4	11,6
Hohe Energiekosten	38,1	17,6
Hohe Unternehmenssteuern	35,5	16,8
Hohe wirtschaftliche Unsicherheit weltweit durch Protektionismus	27,7	25,6
Hohe wirtschaftliche Unsicherheit in Europa	27,1	25,3
Infrastrukturmängel	20,6	32,1
Hohe wirtschaftliche Unsicherheit in den Schwellenländern	18,6	36,7
Schwache Wirtschaftsentwicklung in Europa	13,4	34,5
Schwache Inlandsnachfrage	11,7	49,1
Finanzierungsschwierigkeiten	10,6	58,5
Unsicherheit wegen neuer Technologien/Digitalisierung	10,6	35,5
Kostengetriebene Investitionen im Ausland	9,6	51,3
Absatzbestimmte Investitionen im Ausland	7,9	53,2

Rest zu 100: geringes Investitionshemmnis

Quelle: IW-Befragung von 2.225 Unternehmen in Westdeutschland und 548 Unternehmen in Ostdeutschland im März/April 2017
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Hinter den Problemen der Betriebe stecken Tatsachen: So lagen die industriellen Arbeitskosten in Deutschland zuletzt um 37 Prozent über dem Durchschnitt wichtiger Konkurrenzländer. Und auch die Arbeitsmarktregulierungen sowie die Steuerlast der Unternehmen sind höher als im internationalen Mittel.

Folglich sollte die Bundesregierung konsequent Bürokratie abbauen – zum Beispiel, um den Aufwand bei der Kreditfinanzierung von Investitionen zu verringern. Im Rahmen der Steuerpolitik wäre es sinnvoll, die degressive Abschreibung wieder einzuführen, also zuzulassen, dass Unternehmen die Abnutzung und damit den Wertverlust einer Maschine oder Anlage mit anfänglich höheren Raten steuerlich geltend machen. Zudem könnte forschenden Firmen eine Steuergutschrift gewährt werden. Und beim Thema Klimaschutz muss die Politik so umsteuern, dass die

Energiekosten die Betriebe im internationalen Wettbewerb nicht länger behindern.

Öffentliche Investitionen wieder möglich machen

Die staatliche Infrastruktur ist eine einzige Baustelle. Dahinter steckt ein Altersproblem: Fast die Hälfte der Autobahnbrücken wurde zwischen 1965 und 1975 gebaut, ein Drittel der Eisenbahnbrücken stammt noch aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und die Schleusen der Kanäle sind im Schnitt 70 Jahre alt. Kein Wunder also, dass zum Beispiel 14 Prozent der Autobahnbrückenflächen in nicht ausreichendem Zustand oder sogar völlig marode sind.

Die neue Bundesregierung muss bei den Infrastrukturinvestitionen auf die Tube drücken - und zwar langfristig.

Zwar haben die öffentlichen Investitionen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt und zu den staatlichen Gesamtausgaben zuletzt leicht zugelegt, beide Quoten liegen aber noch unter dem Wert des Jahres 2000.

Die neue Bundesregierung muss also bei den Infrastrukturinvestitionen auf die Tube drücken - und zwar langfristig. Vor allem aber muss sie dafür sorgen, dass die Bauämter wieder ausreichend Fachpersonal, sprich: Ingenieure haben (siehe [iwd.de: „Personalmangel in den Bauämtern“](#)). Dazu könnte die Bundesfernstraßengesellschaft beitragen, die derzeit aufgebaut wird. Sie wäre in der Lage, marktfähige Gehälter zu zahlen.

Zudem gilt es, die Verwaltungsprozesse zu entschlacken, indem die Bundesregierung unter anderem die Planfeststellungsverfahren für Ersatzneubauten beschleunigt.

Kernaussagen in Kürze:

- Der unternehmerische und der öffentliche Kapitalstock in Deutschland veralten zusehends, wie eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln ergeben hat.
- Hemmnisse für die privaten Investitionen sind zu viel Bürokratie und

Regulierung, Fachkräftemangel und hohe Arbeitskosten.

- Staatliche Infrastrukturinvestitionen scheitern oft am Personalmangel: In den Bauämtern arbeiten zu wenige Ingenieure.